

Antrag 46/II/2023
AG Migration und Vielfalt SPD
Brandenburg
Der/Die Landesparteitag möge
beschließen:

Empfehlung der Antragskom-
mission
Überweisen an: Programm-
kommission (Konsens)

Erarbeitung eines brandenburgischen Integrationsgesetzes

1 Der Landesparteitag der SPD
2 Brandenburg spricht sich für
3 die Einführung und sukzessive
4 Erweiterung eines brandenburgi-
5 schen Integrationsgesetzes aus.
6 In der kommenden Legislaturpe-
7 riode soll ein Integrationsgesetz
8 nach dem Vorbild von Schleswig-
9 Holstein erarbeitet werden,
10 das lediglich auf Landesebene
11 Anwendung findet. In diesem
12 neuen Gesetz sollen auch Grund-
13 lagen für die Erhebung wichtiger
14 empirischer Daten gelegt wer-
15 den, mit denen sich Integration
16 u.a. in Schule und Arbeitsmarkt
17 messen lassen. Weiterhin soll
18 das Landesaufnahmegesetz
19 überarbeitet und in das Integra-
20 tionsgesetz überführt werden.
21 Zudem soll geprüft werden,
22 inwiefern es möglich ist, ge-
23 setzliche Regelungen für eine
24 stärkere Willkommenspolitik
25 zu verankern. Langfristig soll
26 das Gesetz immer weiter an
27 die Gegebenheiten des Landes

zusätzlich siehe Stellungnahme
zu Antrag 71/II/2022

28 angepasst und ein kommu-
29 nales Migrationsmanagement
30 wie in Nordrhein-Westfalen
31 eingeführt werden.

32

33 **Begründung**

34 Für die Integrationspolitik sollten
35 wir klare und mutige politische
36 Ziele festschreiben. Allen voran
37 muss es uns in Brandenburg
38 gelingen Migrant*innen stärker
39 zu motivieren, ihren Lebensmit-
40 telpunkt in unserem Bundesland
41 aufzuschlagen. Zu viele Personen
42 wandern derzeit aus Branden-
43 burg aus verschiedenen Gründen
44 wieder ab und stehen uns so-
45 mit u.a. für den Arbeitsmarkt
46 nicht zur Verfügung. Hier be-
47 darf es einer klaren Vorstellung,
48 wie Integration perspektivisch
49 besser gelingen bzw. wie dies
50 politisch gefördert werden kann.
51 Die Grundlage für eine effek-
52 tive Migrations-, Integrations-
53 und Willkommenspolitik liegt
54 in der regelmäßigen Erhebung
55 und Analyse von Daten sowie
56 der Forschung zu diesem Po-
57 litikbereich. Wenn wir nicht
58 wissen, wie viele Kinder mit
59 Migrationshintergrund keinen
60 Schulabschluss schaffen, haben
61 wir keine Basis, um effektive

62 Maßnahmen zu verabschieden,
63 die dem entgegenwirken. Wenn
64 wir nicht wissen, aus welchen
65 Gründen Menschen unser Bun-
66 desland verlassen, können wir
67 keine Maßnahmen für eine
68 bessere Willkommenspolitik ent-
69 wickeln. Wir brauchen also ein
70 datenbasiertes, abgestimmtes
71 Migrations- und Integrations-
72 management mit gesetzlicher
73 Grundlage.